

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Nieser.
Genuss Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Nieser, des Finanzamts Nieser und des Hauptzolamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Postfachamt Dresden 1839
Circul Nr. 22

Nr. 238.

Mittwoch, 11. Oktober 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 170.— Mark ohne Frangierlohn, durch die Post frei Haus 180.— Mark. Einzelnummer 10.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 12.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 5.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Nieser. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Nieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Nieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Nieser.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Oenesehers August War
Ebertwein in Nieser ist der Schlußtermin
auf den 6. November 1922, vormittags 10 Uhr
vor dem hiesigen Amtsgerichte bestimmt worden.
Amtsgericht Nieser, den 10. Oktober 1922.

Schulärztliche Beratungen

vorm. 9—10 Uhr im Schulratzimmer der Carolaschule. Eingang: Haupteingang.
Für Knaben: 12. und 26. Oktober, 9. und 23. November, 7. und 21. Dezember 1922.
Für Mädchen: 19. Oktober, 2. 16. und 30. November und 14. Dezember 1922.
Der Rat der Stadt Nieser, am 10. Oktober 1922.

Pferde-Versteigerung.

Donnerstag, den 26. 10. 1922 kommen in der ehemaligen Pionierkaserne zu
Nieser, Ochsackerstraße, 2 Juchterde zur öffentlichen Versteigerung. Käufer haben eine
vom Landesverkäufer Sachsen ausgestellte Einkaufsbescheinigung vorzulegen. Händler und
Wiederverkäufer haben zur Versteigerung keinen Zutritt.
Stellplatz: 11 Uhr vorm. am Stallgebäude.

Amerikas Bemühen um die Befundung der Weltfinanzen.

Nach einer Savas-Meldung aus New York erklärte der
Washingtoner Korrespondent der „New York World“, die
amerikanische Regierung sei überzeugt, daß der Zeitpunkt
für einen ersten Versuch, die Weltfinanzen auf eine gesunde
Grundlage zu stellen, gekommen sei. Die Regierung sei im
Besitz gewisser bestimmter Schritte im Hinblick auf die
Regelung der Kriegsschulden zu tun, bevor sie mit den europä-
ischen Nationen zusammen an der Wirtschaftskonferenz
teilnehme. Die Regierung lasse auch ins Auge, der Ein-
ladung zur Londoner allgemeinen Finanz- und Industrie-
konferenz nachzukommen, die ihr wahrscheinlich zugehen
werde. Die amerikanische Regierung werde an den Be-
ratungen und Bestimmungen der Konferenz sich beteiligen,
allerdings unter dem Vorbehalt, daß alles, was sie tue, der
Genehmigung des amerikanischen Kongresses bedürfe. Zur
Zeit beabsichtige man, 1. sich zu vergewissern, zu welchem
Zeitpunkte der englische Schatzkanzler Horne eintrifft und
was Großbritannien im Hinblick auf die Schulden-
regelung zu tun bereit sei, 2. falls die englischen Vorschläge
mit den amerikanischen Forderungen im Einklang seien, den Kongreß
um Abänderung einiger dieser Forderungen zu ersuchen.
Nach einer Savas-Meldung aus New York hat Senator
 Lodge in einer Rede auf die internationalen Schulden Bezug
genommen. Es erhebe sich nicht als unvernünftig, wenn
Amerika seine Schuldner erlaube, angemessene Bürgschaften
zu liefern, wogegen Amerika für die Schuldzahlungen und
den Zeitpunkt der Rückzahlung von Kapital und Zinsen
sehr liberale Bedingungen gewähren solle.

Die Reparationskommission unter Barthou.

Dubois hat am Dienstag in der Reparationskommission
offiziell sein Amt niedergelegt. Nach kurzer Ansprache stellte
er seinen Nachfolger Barthou vor und empfahl, Barthou
zum Vorsitzenden der Kommission zu wählen. Darauf er-
folgte die Wahl einstimmig. Barthou dankte für das ihm
erwiesene Vertrauen und eröffnete sofort die Arbeitssitzung
der Kommission.
Die Reparationskommission beschäftigte sich hierauf mit
dem ununterbrochenen Anwachsen der deutschen schwebenden
Schuld. Nach der Entscheidung der Reparationskommission
vom 31. Mai sei Deutschland für die Zahlungen des Jahres
1922 ein Teilmoratorium unter gewissen Bedingungen be-
willigt worden. Eine dieser Bedingungen sei, daß die
schwebende Schuld Deutschlands nicht den Betrag von
25 Milliarden Papiermark, also den Betrag vom 31. März
1922, überschreiten dürfe. Im Falle, daß diese Summe über-
schritten wird, muß der Mehrbetrag durch Steuern oder
innere Anleihen gedeckt sein.

Das Abkommen von Mudania.

Nach einer Savas-Meldung aus London verlautet aus
Mudania, General Harrington habe Montag Ismid Pascha
die mit den Generalen Charpy und Rombell abgeschlossene
Konvention mitgeteilt. Diese lese die Wiederabstimmung
Thraziens unter gewissen Bedingungen vor, namentlich
unter der Voraussetzung, daß eine gemischte Kommission
eine neutrale Zone zur Sicherung der Truppen und der
Freiheit der Meerengen festsetze. Ismid Pascha erklärte,
er müsse der Regierung von Ankara die Bedingungen
unterbreiten und werde keine Antwort am 10. Oktober um
5 Uhr nachmittags mitteilen. Die Unterzeichnung des Pro-
tolls von Mudania wurde für Dienstag nachmittags er-
wartet.

Aus Athen wird gemeldet: In Thrazien macht sich ein
immer härter werdender Widerstand gegen den Räumungs-
befehl der Regierung geltend, während die Autorität sich
von Tag zu Tag verringert. Die Verbündeten sind gebeten
worden, die Räumungsdfrist von 30 Tagen auf 60 Tage zu
verlängern.

Die der Berichterstatter des „New York Herald“ in Kon-
stantinopel erzählt, ist in den letzten Tagen von Moskau
aus und durch die Nationalisten aller unter britischer Herr-
schaft stehenden Länder des Ostens auf Kemal ein unge-
heurer Druck ausgeübt worden, um ihn zum Kriege zu
treiben. Ägyptische und indische Revolutionäre in Moskau
und Ankara hätten Kemal Versicherungen gegeben, daß in
Ägypten und Indien Aufstände ausbrechen würden, wenn
die Türken zum Kriege schritten, und der aspanische Ver-
treter in Ankara habe das Versprechen gegeben, daß die
aspanische Armee die indische Grenze überschreiten würde.
Auch die Araber in Mesopotamien und Syrien hätten alle
Anstrengungen gemacht, um eine friedliche Regelung zu ver-
hindern. Die orientalischen Extremisten, die den Sieg
Kemal in einem allgemeinen Aufstand des Ostens gegen die
Herrschaft des Westens umzuwandeln hofften, wollten den
Krieg als Schritt der Türken an ihren Seite hin.

Der Moskauer Berichterstatter des „New York Herald“
hatte eine Unterredung mit Nabel über die Frage des
Nahen Ostens. Der russische Politiker erklärte ihm u. a.,
Ruhland unterstütze die Türkei nicht aus Menschenfreund-
lichkeit, sondern aus egoistischen Gründen. Zunächst müsse
alles, was die vom internationalen Imperialismus aus-
gebeuteten Nationen des Ostens stärke, auch Sowjetrußland
stärken, das im Schatten der gleichen imperialistischen Gefahr
liege. In zweiter Linie sei Rußland an der freien Durch-
fahrt durch die Meerengen interessiert und möchte nicht,
daß Schiffe mit Getreide, die nach den Häfen des Schwarzen
Meeres bestimmt sind, oder daß Schiffe, die mit Petroleum
aus dem Schwarzen Meer ausfahren wollen, am Eingang
zu den Dardanellen angehalten werden. Die Note der Ver-
bündeten an die Türkei ist nach Nabel einfach ein Trick,
der die Türken beruhigen soll, bis die englischen Ver-
sicherungen einetroffen sind. Dann werde die internationale
Konferenz die Dardanellen dem Völkerbund ausliefern, d. h.
die englische Flotte werde die Türkei entlassen, eine Ent-
schädigung einbringen und die Kapitulationen wieder ein-
führen. Frankreich kenne die Fähigkeit des englischen Im-
perialismus. Es wisse, daß England an den Dardanellen
augenblicklich bedeutend schwächer sei als die Türkei und
daß diese ohne Zweifel den Uebergang über die Meerengen
erzwingen könnte. Aber der englische Imperialismus werde
sich nicht nach der ersten Niederlage ergeben, denn seine
Stärke sei ungeheuer, und er verstehe es, sie mobil zu
machen. Da im Winter die Frage der nächsten deutschen
Reparationszahlung an Frankreich heranträte, werde
Frankreich wahrscheinlich die Schwierigkeiten im Nahen
Osten in die Länge ziehen und so den Engländern händig
zu tun geben. Nabel glaubt, daß England auf der Friedens-
konferenz eine Verringerung des türkischen Heeres ver-
langen werde und zwar so weit, daß die Türkei im Inter-
esse ihrer Selbsthaltung nicht ihre Zustimmung geben
könne. England wünsche die Krise solange hinauszuziehen, bis
es an Ort und Stelle Verstärkungen habe. Lord Curzon
würde inwieweit die russische Empfindlichkeit nicht ver-
leiden, denn er wisse, daß Rußland in dieser Krise das ent-
scheidende Wort sprechen könne.

Dienstag vormittag wurde in London eine Kabinetts-
sitzung abgehalten, die sich ausschließlich mit der politischen
Lage im Inlande beschäftigte. Nachmittags trat in der Woh-
nung Chamberlains ein Kabinettsauschuß zusammen,
darunter Curzon, Balfour, Cramford und Lee. Die „Daily
Mail“ bestätigt, daß Lord George trotz aller Angriffe, auch
derjenigen, die ihm nahe standen, nicht an seinem Rücktritt
denke, sondern bei der Eröffnung des Parlaments am
14. November seinen Kritiker entgegenzutreten wolle. Aus
London wird halbamtlich gemeldet, daß Lord George am
kommenden Sonnabend in Manchester eine Rede über die
Lage im Orient halten werde. Aus Kreisen der Unabhängig-
keitspartei verlautet, daß man die Neuwahlen noch vor Ende
dieses Jahres erwartet.

Der Generalkonvent der englischen Gewerkschaften der parla-
mentarischen Gruppe der Labour party und des Exekutiv-
komitees dieser Partei beschloffen eine Kundgebung, in der
es heißt: Der Generalkonvent ist überzeugt, daß die gegen-
wärtigen Ereignisse keinerlei Anlaß zu einem Kriege bieten.
Denn alle grundlegenden Fragen können auf der Konferenz
geregelt werden. Aber die Kriegspartei im Schoße der eng-
lischen Regierung setzt ihre Tätigkeit fort. Der Generalkonvent
fordert daher die sofortige Demission des Kabinetts und die
Wahl eines neuen Parlamentes. Lord George ist die Aus-
sicht auf diese Kundgebung nicht lange schuldig geblieben.
Er ließ das kenographische Protokoll der Besprechungen
veröffentlichen, die er am 21. September mit 30 Mitglie-
dern des Generalkonvents der Gewerkschaften in der Downingstreet
gehabt hatte, bei deren Schluß der Arbeiterführer Thomas
dem Premierminister das Zeugnis ausstellte, er habe klar
angegeben, daß er wirklich nur die Politik der britischen Ar-
beiterschaft erlöse und die Politik Lord Georges „unser
gemeinsame Politik“ nennt. In seinen Antworten auf die
Darlegungen der Arbeiterführer betonte Lord George,
daß die Regierung keine Politik des Krieges verfolgen werde.
Wenn sie energische Maßnahmen getroffen habe, so sei es geschehen,
weil sie fest überzeugt sei, daß die Maßnahmen die Wirkung
haben würden, einen Konflikt abzuwenden. Die Regierung
habe den Griechen niemals auch nur einen Pfennig bezahlt
und habe sie weder mit Geld noch mit Waffen unterstützt.
Die Regierung habe erklärt, jedem Vorschlag, der die Inter-
vention des Völkerbundes betreffe, die englische Unter-
stützung zu geben. Die Weigerung, die Frage an den Völker-
bund zu bringen, sei von den anderen Regierungen ge-
kommen.

Der schlesische Sejm eröffnet.

Dienstag nachmittags 4 1/2 Uhr wurde in der Aula der
Gewerkschaftsschule in Katowitz der erste schlesische
Sejm eröffnet. Ministerpräsident Nowak verlas eine
programmatische Eröffnungsrede, in der er hervorhob, Polen
betrachte Obereschlesien als eine Werte in seinem Staats-
vertrage und sei ernstlich bemüht, den wirtschaftlichen
Nöten in Oberschlesien schnellstens abzuwehren.

Die Befolgungsvorlage vom Reichskabinet angenommen.

In der gestrigen Kabinettsitzung wurde die vom Reichs-
finanzministerium ausgearbeitete Befolgungsvor-
lage beraten und angenommen. In der Vorlage sind die
bisherigen Steuerungsanlagen in die Grundgebühren und
Einkommensteuern eingeteilt. Die Einkommensteuern sind mit Rück-
sicht auf das inzwischen in Kraft getretene Reichsmittelgesetz
und als Ersatz für die bisherigen widerrechtlichen Wirtschaft-
beihilfen entsprechend erhöht worden. Dem wiederholten
Wunsch des Reichstages nach vermehrter Berücksichtigung
der sozialen Befolgungsbedürfnisse gemäß, sind die Kinder-
zuschläge härter als die Grundgebühren und anders
dem ist für die verheirateten Beamten die Gewährung eines
um 3 vom Hundert höheren Steuerzuschlags vom
Grundgehalt und Einkommenszuschlags in Aussicht genommen. Die
Kinderzuschläge bleiben nach wie vor für alle Beamten-
gruppen gleichmäßig hoch. Für die Pensionäre sind die ent-
sprechenden Vollerungen gesondert worden. Das gezielte
Witwengeld soll von vier Zehntel auf sechs Zehntel des
Kuhgehalts des Mannes erhöht werden, dafür sollen die
Witwen in Zukunft nur den allgemeinen Steuerzuschlag
zu ihrem Witwengeld erhalten.

Die Vorlage ging noch gestern dem Reichsrat zu und
soll dem Reichstag bei seinem Zusammentreten am 17. d. M.
bereits vorliegen.

Die Reichspräsidentenwahl.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Kreisen
der Zentrumspartei, die sich mit der Wahl des Reichs-
präsidenten beschäftigt. Der Vorschlag, einen bürgerlichen
Sammelkandidaten aufzustellen, wird darin verworfen. Er
müsse schon an der Personenfrage scheitern. Im übrigen
würde dadurch bei der ungeeigneten Belegung der
Stellplätze aufgerollt: Die bürgerlich — hier sozialistisch.
Dadurch könnte dem zukünftigen Präsidenten, der doch über
den Parteien stehen solle, allzuleicht der Stempel eines
Parteiannes aufgedrückt werden. Es wäre am besten,
alles Parteipolitische aus dieser Wahl zu verbannen und
zu versuchen, den geeignetsten Mann an jene verantwortungs-
reiche Stelle zu bringen. Die Zuschrift kommt zum Schluß,
daß Ebert, der stets bestritt gewesen sei, ein wirklicher
Präsident und kein Parteimann zu sein, als Kandidat der
übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes gelten könne.
Die „Germania“ erklärt in einer Bemerkung zu dieser
Zuschrift, daß sie den Bestrebungen, die auf eine gemein-
same Kandidatur Ebert hindrängen, baldigen Erfolg
wünsche.

Wie der „Lokalanzeiger“ aus völkerverständlichen Kreisen
erfährt, wird die Deutsche Volkspartei erst in den nächsten
Tagen entscheidend zur Frage der Wahl des Reichs-
präsidenten Stellung nehmen, nachdem der Parteiführer
Dr. Stresemann nach Berlin zurückgekehrt sein wird.

Auf dem demokratischen Parteitag sprach der Vor-
sitzende Senator Dr. Petersen dem Reichspräsidenten den
Dank der Deutsch-Demokratischen Partei für seine aus-
gezeichnete Führung der Geschäfte aus, besonders auch
für das deutsche Denken und Handeln. Er sprach die
Hoffnung aus, daß Ebert wieder zum Reichspräsidenten
gewählt werde. Die Ausführungen riefen einen spontanen
Beifallskrum hervor.

Eine neue deutsch-französische Wiederaufbaugruppe.

Aus Hamburg wird gemeldet: In der Börse hatten
hamburgische und norddeutsche Industrielle eine Besprechung
wegen der Errichtung einer neuen deutsch-französischen
Wiederaufbaugruppe für Hamburg und Norddeutsch-
land. Mit französischen Mandatären ist bereits in Paris
verhandelt worden; es soll die Gründung einer Interessen-
gemeinschaft beabsichtigt sein. Es soll insgesamt die Auf-
nahme von 600 Millionen Fr. in Betracht kommen.

Ein weiteres Sachlieferungsabkommen. Der Deutsche
Industrieverband, Sig München, hat mit großen franzö-
sischen Wiederaufbaugruppen zur Durchführung eines Sach-
lieferungsabkommens Verhandlungen eingeleitet, die vor
dem Abschluß stehen. Das Abkommen, das in erster Linie
für die süddeutsche Industrie unmittelbare Auswirkung
sichert, bietet hierin besondere Vorteile. Zunächst sind sofort
bedeutende Aufträge an die Bauindustrie und verwandten
Unternehmungen zu vergeben.

Die Frankreichreise der deutschen Industrievertreter.
Die deutschen Industrievertreter, die in das französische
Wiederaufbaugesamt reisen, werden voraussichtlich am
19. oder 20. d. M. die Fahrt antreten.

Weshalb Rußland den Urquhart-Vertrag verworfen hat.

Ueber die Gründe der Verwerfung des Urquhart-
Vertrages durch den Rat der Volkskommissare hat am
Dienstag Litwinoff einer Verlesung von Presse.